

Kommunalwahl 2008

Aus Liebe zu Bayern – Bayern, aber gerechter

- Programmentwurf als Arbeitsmaterial -

Die BayernSPD – zuverlässiger Bündnispartner für Bürgerinnen und Bürger in Bayerns Städten, Gemeinden und Landkreisen

Städte, Gemeinden und Landkreise in Bayern und die Menschen, die in ihnen wohnen, haben in der BayernSPD ihren zuverlässigsten und stärksten Verbündeten – mit unseren Bürgermeisterinnen, Bürgermeistern, Stadt-, Gemeinde und Kreisräten aber auch mit unseren Landtags- und Bundestagsabgeordneten kämpfen wir für starke und handlungsfähige kommunale Gemeinschaften.

Um weiterhin und gestärkt noch wirkungsvoller für bessere Lebens- und Arbeitsbedingungen der Bürgerinnen und Bürger vor Ort wirken zu können, arbeiten wir mit vollem Einsatz dafür, bei der Kommunalwahl 2008 unsere gegenwärtige Position in der Kommunalpolitik zu erhalten und auszubauen

Mit unserer Verankerung und Führungsrolle in Kommunen aller Größenordnungen und als stärkste politische Kraft diesseits der CSU sind wir, die BayernSPD, ganz nah dran an den Menschen. Wir kennen die Bedürfnisse, Wünsche und Erwartungen der Menschen, wie auch deren Sorgen und Befürchtungen bezüglich Arbeitsplatzsicherheit, sozialer Sicherheit im Alter, umfassender Gesundheitsversorgung und leistungsfähiger sozialer Dienste für alle.

Als BayernSPD stehen wir - allen notwendigen Veränderungen und Anpassungsprozessen zum Trotz - für den Erhalt des sozialen Gemeinwesens, gerechten sozialen Ausgleich und die Gewährleistung von Daseinsvorsorge als kommunale Aufgabe und gegen eine Unterordnung von Städten, Gemeinden und Landkreisen unter Privatisierungs- und Liberalisierungszwänge nach einem neoliberalen Wirtschaftskonzept.

Bei uns ist die Zukunft von Bayerns Städten, Gemeinden und Landkreisen in guten Händen

Als BayernSPD haben wir in den letzten Jahren immer wieder herausgestellt und auch nachgewiesen,

- dass der **Ausbau von Bildung und fördernder Kinderbetreuung** bei niemandem in besseren Händen ist und von niemandem ernsthafter vorangetrieben wird, weil wir deren heraus-

ragende Bedeutung für unsere gesamte wirtschaftliche und soziale Zukunft am klarsten verstanden haben und uns davon nicht durch eine überzogene Sparideologie abbringen lassen;

- dass wir die **Erfordernisse des demographischen Wandels** – d.h. die Veränderung der Bevölkerung nach dem Motto: „Wir werden weniger, älter und bunter“ - am besten verstehen und die geeignetsten Konzepte für die Bewältigung dieses Wandels vorweisen können;
- dass wir das Umdenken, das sich mit dem Begriff „**Lokale Agenda 21**“ im Hinblick auf ökologische und soziale Verantwortung und Nachhaltigkeit verbindet und angesichts der aktuellen Klimaberichte neue und verschärfte Aktualität gewonnen hat, am wirkungsvollsten weiterführen und vorantreiben können
- dass wir durch die **Wirtschaftskompetenz** und das wirtschaftspolitische Engagement unserer BürgermeisterInnen und Ratsfraktionen in vielen Städten und Gemeinden Beispielhaftes geleistet haben und am besten die Interessen von Freiberuflern, Selbständigen und Handwerk mit den Bedürfnissen des örtlichen Gemeinwesens und seiner Verantwortung für die öffentliche Daseinsvorsorge verbinden können. Christian Ude: „Wir können nicht nur Betriebsrat, wir können auch Geschäftsführung!“ Nur starke Kommunen können aktive Partner und **Impulsgeber für die örtliche Wirtschaft** sein.
- dass wir konsequenter und ernsthafter als unsere politischen Konkurrenten für eine **Stärkung der Kommunen und Regionen**, für Kommunale Selbstverwaltung und starke, handlungs- und leistungsfähige örtliche Gemeinwesen eintreten - gegen CSU-Zentralismus, CSU-Bürokratie und CSU-Auszeichnungspolitik bei den kommunalen Finanzen.

Mit diesen Schwerpunkten werben wir um das Vertrauen und die Zustimmung der Bürgerinnen und Bürger in unseren Städten, Gemeinden und Landkreisen

Unsere Zukunftskonzepte für Bayerns Städte, Gemeinden und Landkreise

Ausbau von Bildung und einer anregend-fördernden Kinderbetreuung

Die PISA-Studien haben nur einmal mehr belegt, was im Alltag offensichtlich ist: Noch immer hängen die individuellen Zukunftschancen und Entwicklungsmöglichkeiten von der sozialen Herkunft ab. Diese Ungerechtigkeit ist in Bayern immer noch stärker ausgeprägt als anderswo und muss endlich aus der Welt geschafft werden. Wir dürfen und können es uns nicht leisten, vorhandene Potentiale, Begabungen und Talente zu vergeuden – im Interesse der Kinder nicht und auch nicht in unserem eigenen Interesse nicht. Kein Kind darf verloren gehen!

- Wir brauchen ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen, die Kinder unabhängig von ihrer Herkunft fördern statt Auslese zu betreiben.
- Wir brauchen anregend-fördernde Betreuungsangebote für Kinder ab dem ersten Lebensjahr, keine bloßen Aufbewahrungseinrichtungen
- Wir brauchen eine deutliche Steigerung der Betreuungsplätze für Kinder von berufstätigen Eltern.

Und um keinen Irrtum aufkommen zu lassen: In Zeiten der Ein-Kind-Familien helfen Kindergarten und Kinderkrippe auch beim Umgang von sozialer Kompetenz durch den Umgang mit Gleichaltrigen und schaffen zusätzliche Anregungen.

„Bildung ist nicht das Abfüllen von Fässern, sondern das entzünden von Flammen.“

Den demographischen Wandel gestalten

Ein kurzer Slogan bringt auf den Kern, was demographischer Wandel bedeutet:

Wir werden weniger, älter und bunter.

Diese Veränderungen und ihre Auswirkungen müssen wir aktiv gestalten, aber ihnen auch entgegengetreten, wo sie schädlich oder gefährlich werden können.

Die familienfreundliche Stadt / Gemeinde

Viele junge Paare setzen ihren Wunsch nach Kindern nicht in die Wirklichkeit um, weil sie sich beruflich und finanziell noch nicht ausreichend abgesichert fühlen. Der heutige Arbeitsmarkt, der von den ArbeitnehmerInnen einen hohen Grad an Flexibilität und oft lange Arbeitswege erfordert stellen zusätzliche Erschwernisse dar. Dazu kommen vor allem in Städten immer wieder Erscheinungen von Verständnislosigkeit bis hin zur Feindseligkeit gegenüber Kindern bzw. Familien mit Kindern.

Als BayernSPD treten wir kinder- und familienfeindlichen Erscheinungen energisch entgegen. Kinder- und Familienfreundlichkeit in unseren Städten und Gemeinden hat für uns höchste Priorität. Dafür die erforderlichen Einrichtungen und Dienstleistungsangebote aber auch ein positives gesellschaftliches Klima zu schaffen, ist zentraler Inhalt unserer Arbeit auf allen politischen Ebenen.

Integration – Der Weg zum lebendigen Gemeinwesen

Vielleicht kann ein etwas verändertes Verständnis des Begriffes Integration helfen: Verstehen wir „Integration“ doch als die Aufgabe, Menschen und Bevölkerungsgruppen mit unterschiedlicher Herkunft, verschiedenen Lebensweisen, Erfahrungen, (Leistungs-)Fähigkeiten, Mentalitäten, Bedürfnissen und Wünschen oder auch Beeinträchtigungen unterschiedlichster Art zu einer Bürgerschaft bzw. zu einem intakten sozialen und kulturellen Gemeinwesen zusammen zu führen.

Wir alle tragen die Verantwortung für den Zusammenhalt in unseren Städten und Gemeinden. Wir dürfen nicht zulassen, dass einzelne Menschen oder ganze Gruppen ausgegrenzt werden und sich dann sogar zu „Parallelgesellschaften“ zusammenschließen. Dem muss bereits im Ansatz entgegengetreten werden, wo sie bestehen, müssen sie zurückgedrängt werden, „Gemeinsinn“ muss aktiviert werden. Gemeinsame Initiativen und Aktivitäten von Bürgern und Kommune auf kulturellem Gebiet, im Freizeitbereich und zur Förderung der Mobilität müssen ausgebaut werden.

Ein zentrales Problem ist der Graben zwischen der einheimischen Bevölkerung und großen Teilen der Zuwanderer aus anderen Ländern und auch noch ihren bereits bei uns geborenen Kindern. Sprachprobleme, Schulabgänge ohne Abschluss, Zwangsverheiratungen und sogar sogenannte „Ehrenmorde“ an jungen ausländischen Frauen sind die Beispiele für das Scheitern. Die Integration in Zukunft besser zu gewährleisten ist eine große gemeinsame Aufgabe der einheimischen und der zugewanderten Bevölkerungsgruppen und ihrer kulturellen und bürgerschaftlichen Vereine und Gemeinschaften. Sprachförderung auch bei den Erwachsenen, Krippen- und Kindergartenplätze für Kinder von Zuwanderern und Ganztagschulen sind die zentralen Hilfsmittel.

Ein weiterer erheblicher Mangel besteht nach wie vor bei der Einbindung von besonders unterstützungs- bis pflegebedürftigen alten oder behinderten Menschen. Hier ist der Auf- und Ausbau eines Netzwerks ambulanter und stationärer Hilfs- und Pflegeeinrichtungen und Dienste erforderlich, um die Familienangehörigen – meistens die Frauen – zu unterstützen und zu entlasten.

Besser Leben in einer alternden Gesellschaft

Unsere Gesellschaft wird immer älter – weil die Menschen länger leben und weil die Geburtenzahl stark gesunken ist. Daraus ergeben sich erhebliche Risiken aber auch neue Möglichkeiten auf die wir uns in den Städten und Gemeinden mit der Planung, bei unseren Verkehrs- und Wohnangeboten und bei der Weiterentwicklung der Versorgungseinrichtungen in allen Bereichen – Einkaufen, Gesundheit, Bildung und Kultur - einstellen müssen.

Ältere Menschen bleiben länger fit und wollen aktiv in das öffentliche Leben eingebunden sein. Wohngemeinschaften und Betreutes Wohnen werden vor allem in Städten an Bedeutung gewinnen und erfordern entsprechende Raumangebote.

Es wird aber auch Regionen geben, die durch Abwanderung vor allem der aktiven Generation erhebliche Probleme bekommen werden, die Versorgungseinrichtungen und Dienstleistungsangebote in ihrem Bereich zu erhalten.

Alle Städte und Gemeinden müssen sich schon heute mit ihrer Entwicklungsperspektive auseinandersetzen und geeignete Strategien entwickeln. Bund und Land müssen diesen Umbau durch die Förderung von Modellprojekten im Zusammenwirken von Kommunen und freien Trägern unterstützen.

Mit „Nachhaltigkeit“, „Lokaler Agenda 21“ und kommunaler Energiepolitik gegen die Klimakatastrophe

Dass der Klimawandel kein Hirngespinnst sondern Wirklichkeit und die Klimakatastrophe eine reale Gefahr ist, hat sich in den letzten Monaten im öffentlichen Bewusstsein erheblich verstärkt.

Für uns in den Städten und Gemeinden bedeutet dies vor allem, eine aktive kommunale Energiepolitik zu entwickeln und zu betreiben. Durch eine höhere Energieeffizienz, d.h. die wirksamere Nutzung der Energierohstoffe, wollen wir den Energiebedarf senken und durch den beschleunigten Ausbau der regenerativen Energien – Wind- und Solarenergie, Biogas und –sprit usw. - wollen wir die umweltschädlichen Energieträger ersetzen.

Ein zweites wichtiges Handlungsfeld in diesem Zusammenhang ist die Verkehrspolitik. Wir müssen es schaffen, die von den Bürgern gewünschte Mobilität mit einer geringeren Umwelt- und Klimabelastung zu gewährleisten. Deshalb unterstützen wir den Erhalt und Ausbau attraktiver öffentlicher Verkehrsmittel. Wir treten ein für den Ausbau von Radwegsystemen und eine bessere Kombination von Fahrradnutzung und öffentlichen Verkehrsmitteln.

„Nachhaltigkeit“ und „Lokale Agenda 21“ als Konzepte für eine ganzheitliche Entwicklungs-, Umwelt- und Energiepolitik sind seit Jahren Bestandteil unserer Programmatik und Politik, aber der politische Alltag wirkt oft als Bremse gegen richtige und gute Konzepte. Wir werden in den kommenden Jahren mit neuer Kraft für die Verwirklichung dieser Konzepte und damit für die Verhinderung der Klimakatastrophe und die Erhaltung unserer natürlichen Umwelt und Lebensbedingungen kämpfen.

Wirtschaftsentwicklung, Kommunale Wirtschaftsförderung und Daseinsvorsorge

„Wir können nicht nur Betriebsrat, wir können auch Geschäftsführung!“ (Christian Ude)

Der Einfluss der Kommunalpolitik auf die Wachstumsrate, die Arbeitslosenquote und die Entwicklung des DAX ist zweifellos begrenzt. Aber:

- Städte und Gemeinde sind zuständig für die Bereitstellung von Grundflächen für wirtschaftliche Entwicklung und für die Entwicklung der Infrastruktur. Voraussetzung für erfolgreiche Kommunalpolitik ist eine weitsichtige Bodenpolitik.
- Kommunale Unternehmen sind Teil der Wirtschaft und schaffen durch ihre Leistungen Voraussetzung für die wirtschaftlichen Aktivitäten aller Bürger und Unternehmen am Ort. Wir treten ein für den Erhalt des Konzepts der kommunalen Daseinsvorsorge für den Erhalt der kommunalen Wirtschaft von den Stadtwerken über Wohnungsunternehmen bis zur Sparkasse. Privatisierung kann für uns nicht Selbstzweck und Regelfall sein.

- Die Flexibilität und Offenheit des Bürgermeisters, der Ratsmitglieder und der Verwaltung für die Belange der Arbeitnehmer, Handwerker und Kleingewerbetreibenden wie der größeren Unternehmen sind wichtige Voraussetzungen für eine gute wirtschaftliche Entwicklung. Gesprächsforen und Beiräte können die Kommunikation zwischen der Kommunalpolitik und der örtlichen Wirtschaft fördern und unterstützen
- Bildungseinrichtungen und kulturelle Angebote sind wichtige Faktoren für die Attraktivität einer Gemeinde als Wirtschaftsstandort.

Kommunale Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftsförderung ist für uns unverzichtbarer Schwerpunkt unserer Politik. Kommunen müssen wirtschaftspolitisch handlungsfähig bleiben und ihre Handlungsfähigkeit verteidigen – für die Erhaltung von Arbeitsplätzen, eine vielfältig strukturierte Wirtschaft mit einem breiten Angebot für die Bürgerschaft.

Die kommunalen Finanzen müssen so bemessen sein, dass Städte und Gemeinden über eigenständige Handlungs- und Entscheidungsspielräume verfügen und nicht nur auf die Abarbeitung von Pflichtaufgaben eingeschränkt sind.

Aus Liebe zu Bayern – Das lebendige Gemeinwesen braucht Tradition, Brauchtum und bürgerschaftliches Engagement

Ob im Sportverein oder Schützenverein, bei den Trachtlern, im Jugendverband, bei der Wasserwacht oder der freiwilligen Feuerwehr oder in den zahllosen großen und kleinen Vereinen und Initiativen (Nachbarschaftshilfe, Eltern-Kind-Initiative, Hospizgruppe usw.) - überall beweisen Frauen und Männer Gemeinsinn und leisten wertvolle ehrenamtliche Arbeit für unser Gemeinwesen. Was wären unsere Städte und Gemeinden ohne sie?

Ehrenamtliches Engagement – ob für Tradition oder Brauchtum, im sozialen Bereich, auf kulturellem Gebiet, im Sport oder bei den Rettungsorganisationen – ist der „soziale Kitt“ der das Gemeinwesen zusammen hält. Alle diese Aktivitäten tragen bei zur Entwicklung von Zugehörigkeit, Zusammenhalt und Identität und fördern die Integration

Als BayernSPD begrüßen wir alle diese Formen ehrenamtlichen bürgerschaftlichen Engagements für ein vielfältiges und lebendiges demokratisches, kulturelles und soziales Gemeinwesen. Wir werden dieses Engagement weiter fördern, stärken und ausbauen.

Verfasser:

Stadträtin Brigitte Meier / Helmut Bertig, Lgf. SGK Bayern
auf der Grundlage von Diskussionen im SGK-Landesvorstand